

**Kommunalwahlprogramm**



***Frischer Wind  
für die  
Samtgemeinde Zeven***

**Grüne.Zukunft.Zeven**



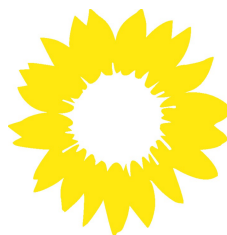
# **Grüne.Zukunft.Zeven**

## **Kommunalwahlprogramm Grüne Zeven**

### **Präambel**

Wir GRÜNE setzen uns seit Jahrzehnten in unserer schönen Samtgemeinde ein: Zum Beispiel für Naturschutz und den Erhalt unserer Umwelt, für eine moderne und nachhaltige Infrastruktur und für Bildung und soziale Teilhabe. Seit den 1980er- Jahren sind wir vor Ort in den Räten vertreten und versuchen, den Stimmen unserer Wähler\*innen Gehör zu verschaffen. Wir waren dabei, trotz bislang vergleichsweise kleiner Fraktionsstärken, auch oft erfolgreich. Zeven hat, auch aufgrund unserer Initiativen und Anträge, einiges zu bieten, was sich in vielen Kommunen noch nicht finden lässt: Eine Baumschutzsatzung, eine Kastrationspflicht für Katzen, Stadtwerke, die 100% Ökostrom an Privatkunden ausliefern, Bienennisthilfen und Blühstreifen, verbindlich formulierte Forderungen zum Klimaschutz in Satzungen, ein umfangreiches, freiwilliges Angebot an sozialen Leistungen mit Mehrgenerationenhaus, Jugendzentrum und Kulturenmobil, eine dichte Kultur- und Bildungslandschaft mit Volkshochschule, Bibliothek und gut ausgestatteten Kitas und Schulen und vieles mehr. Es gibt aber auch noch viel zu tun: Beim Klimaschutz läuft uns die Zeit davon, wir müssen hier auch als Kommune handeln, in Gesundheit und Mobilität sind wir als Mittelzentrum mittlerweile abgehängt, beim Natur- und Landschaftsschutz muss in vielen Bereichen neu gedacht werden und soziale Teilhabe muss ausgebaut und intensiviert werden. Zeven braucht eine Imagekampagne. Wir wollen eine stärkere Vernetzung aller Bereiche, runde Tische für Soziales, für Schulen und für die ortsansässigen Unternehmen, wir wollen, dass alle in unserer Samtgemeinde "an einem Strang ziehen": Politik, Verwaltung, Mitgliedsgemeinden, Vereine, Ehrenamtliche, Unternehmen, soziale Träger, Schulen und Kitas; wir alle müssen unsere Samtgemeinde gemeinsam nachhaltig und zukunftsgewandt nach vorne bringen. Wir werben um Ihre/um deine Stimme bei der Kommunalwahl 2021, weil wir denken, dass wir die richtigen Ideen, das richtige Team und die richtige Motivation und Begeisterung für diese Aufgabe mitbringen. Unsere Forderungen und Ideen können Sie/kannst du den einzelnen Kapiteln im Folgenden entnehmen!

Birgit Wiesner und Ragnar Kaesche  
Sprecher\*innen



# Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

## Naturschutz

### Naturnahe Gestaltung von Gärten und öffentlichen Grünflächen

Die öffentlichen und privaten Grünflächen haben eine hohe Bedeutung für unsere heimischen Arten und für ein günstiges Klima innerhalb des bebauten Bereichs. Deshalb wollen wir

- die öffentlichen Grünflächen möglichst naturnah gestalten, soweit das mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung vereinbar ist. Auf den Einsatz von Pestiziden und künstlichen Düngestoffen muss auf öffentlichen Grünflächen möglichst verzichtet werden.
- die naturnahe Umgestaltung privater Gärten fördern und Bürger\*innen dabei unterstützen (hierzu gibt es bundesweit Modelle).
- darauf hinwirken, dass die Vorgabe der Niedersächsischen Bauordnung, wonach nicht bebaute Flächen begrünt werden müssen, auch umgesetzt wird.

### Nutzflächen im Eigentum der Samtgemeinde und der Gemeinden müssen dem Allgemeinwohl dienen

Die Samtgemeinde und ihre Mitgliedsgemeinden sind auch außerhalb des bebauten Bereichs Eigentümerinnen landwirtschaftlicher Nutzflächen. Wir wollen, dass diese Flächen künftig so genutzt werden, dass sie in besonderer Weise dem Natur-, Arten- und Klimaschutz dienen. Die Samtgemeinde Zeven soll Programme zur Förderung der Insektenvielfalt entwickeln und beschließen. Die Situation der Insekten ist dramatisch.

Die Ziele, die in der Vereinbarung "Der Niedersächsische Weg" aufgeführt sind und Kommunen direkt oder indirekt betreffen, müssen schnellstmöglich umgesetzt werden.

- Wegraine sollen Rückzugsräume und Nahrungsflächen für unsere heimischen Arten sein. Deshalb wollen wir die von den Bewirtschafter\*innen der angrenzenden Nutzflächen inzwischen landwirtschaftlich genutzten Wegraine an Feld- und Wirtschaftswegen in ihrer Funktion für den Naturhaushalt reaktivieren. Sie sollen künftig mit feldheckentypischen Gehölzen bepflanzt, der natürlichen Entwicklung überlassen oder mit mehrjährigen Blühpflanzen eingesät werden.
- Für öffentliche Grünflächen können Patenschaften zur Bepflanzung und Pflege an Firmen, Privatpersonen, Vereine usw. vergeben werden.
- Die Samtgemeinde soll ein Konzept entwickeln, um die Anpflanzung von Blühstreifen auf privaten Flächen und das Aufstellen von Bienennisthilfen finanziell zu fördern.
- Die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Samtgemeinde und ihrer Mitgliedsgemeinden sollen bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung künftig nach den Vorgaben des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden.
- Wir treten dafür ein, dass sich die Samtgemeinde Zeven dem bundesweit aus inzwischen über 270 Städten, Gemeinden und Landkreisen starken Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ anschließt.

- Naturnahe Landschaftselemente wie Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Feldraine sind wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger. Wir wollen, dass sie als geschützte Landschaftsbestandteile unter Schutz gestellt werden, um sie vor Zerstörung und erheblicher Beeinträchtigung zu schützen.
- Bauen auf der „Grünen Wiese“ gefährdet den Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten. Vorrangig ist innerörtliche Verdichtung anzustreben. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden. Wir wollen für versiegelte Flächen vorrangig andere Flächen entsiegeln und für Baugebiete im Außenbereich grundsätzlich eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durchsetzen (vgl. auch Kap. Bauen und Wohnen).

## **Klimagerechte Kommune**

Heiße, trockene Sommer und plötzliche Starkregenereignisse zeigen uns: Der Klimawandel ist längst Realität! Deshalb müssen wir endlich mehr für den Klimaschutz tun, wir müssen uns darüber hinaus auch auf die Folgen des Klimawandels in unseren Kommunen einstellen:

- Die Begrünung von Fassaden und Dächern wollen wir fördern. Kommunale Gebäude sind grundsätzlich zu begrünen, sofern dem keine architektonischen Gründe und Gründe des Denkmalschutzes entgegenstehen.
- Zur Verbesserung des Klimas im Siedlungsbereich und der Aufenthaltsqualität wollen wir an allen geeigneten Stellen im öffentlichen Raum großkronige Bäume pflanzen. Auf Parkplätzen und Einstellflächen muss grundsätzlich ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätze vorgesehen werden.
- Das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser soll – so weit möglich – ortsnahe versickern und nicht in den nächsten Bach oder Fluss abgeleitet werden.

## **Kommunaler Klimaschutz**

Um das beim Weltklimagipfel 2015 in Paris völkerrechtlich verbindlich vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen, müssen wir bis 2035 klimaneutral sein und unseren Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Wir fordern den Bund und das Land auf, dafür endlich den erforderlichen Rahmen zu setzen. Um das Klimaziel zu erreichen, kommt es jedoch auch auf die Kommunen an. Deshalb wollen wir:

- einen Klimavorbehalt für alle politischen und administrativen Maßnahmen der verschiedenen kommunalen Ebenen einführen: alle Satzungen, Maßnahmen und Förderprogramme der Kommune müssen auf ihre Klimaauswirkungen geprüft und bewertet werden. Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Klimabilanz führen, sind zu unterlassen.
- ein kommunales Klimaschutzaktionsprogramm erarbeiten und für dessen Umsetzung eine kommunale Klimaschutzmanagerin/ einen kommunalen Klimaschutzmanager einsetzen, der/ dem die Aufgabe zukommt, das Programm umzusetzen und die relevanten Akteure (Immobilieeigentümer\*innen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung) zu vernetzen und zu beraten.
- ein Solarkataster erstellen, um alle für die Nutzung der Sonnenenergie geeigneten bereits überbauten Flächen zu erfassen.
- den Gebäudebestand im Eigentum der Stadt bestmöglich energetisch sanieren.

- gemeinsam mit dem örtlichen Handwerk für eine hochwertige und unabhängige Beratung zur energetischen Sanierung und verbesserten technischen Ausstattung des Wohnungs- und Gewerbeimmobilienbestandes fördern.

## Mobilität und Verkehr

Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht reduziert worden sind. Deshalb ist die Verkehrspolitik eines der größten politischen Handlungsfelder

### Rad und Fußverkehr

#### Radverkehr

Das Leitbild der autogerechten Stadt gehört ins Museum. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig zu erwartende Mobilitätsmix muss Grundlage der verkehrlichen Erschließung und des Ausbaus der Infrastruktur sein. Wir streben dabei eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer\*innen an. Für die Förderung des Radverkehrs bedeutet das:

- Die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Radwege müssen erheblich gesteigert und die dafür zuständigen personellen Ressourcen in der Verwaltung – auch für deren Pflege - müssen ausgebaut werden.
- Der Radverkehr braucht eine klare Entwicklungsperspektive! Daher unterstützen wir die Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Verbände.
- Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit mehr als 30 km/h unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausgewiesenen, ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren – gegebenenfalls ist auch der Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr zu prüfen.
- Um die Gefahren für Radfahrer\*innen durch rechts abbiegende PKW und vor allem LKW zu reduzieren, setzen wir auf getrennte Ampelschaltungen für den Radverkehr und den motorisierten Individualverkehr.
- Fahrradwege sind im Winter zumindest genauso zügig wie Straßen zu räumen.
- Auch Alltagsradwege abseits von Straßen müssen beleuchtet werden – hier setzen wir auf intelligente, mit Bewegungsmeldern gesteuerte Beleuchtungen.
- Die Fahrradparkplätze müssen insbesondere an stark frequentierten Orten, an Haltestellen, in dicht besiedelten Wohngebieten ausgebaut werden.
- Zugeparkte Fahrrad- und Fußwege behindern nicht nur, sie machen den Rad- und Fußverkehr auch unsicher. Dieses Verhalten wollen wir daher restriktiver ahnden.
- Damit auch Mitarbeiter\*innen der öffentlichen Verwaltung für erforderliche dienstliche Fahrten das Fahrrad nutzen können, wollen wir ihnen Diensträder zur Verfügung stellen.
- Weil nicht jeder größere Transport eines PKW bedarf, unterstützen wir Kauf und Betrieb von Lastenrädern und wollen ein Leihsystem für Lastenräder etablieren. Bei zukünftigen Planungen von Radwegen sollte die vermehrte Nutzung von Lastenrädern mitgedacht werden.

## Fußverkehr

Nicht nur die Mobilität mit Fahrzeugen haben wir Grüne im Blick, auch das Zu-Fuß-Gehen als Mobilitätsform wollen wir fördern, wir brauchen attraktive Gehwege, die ohne Einschränkung genutzt werden können. Das schafft soziale Kontakte, lädt zum Verweilen ein, nützt dem Einzelhandel und ist eine generationenübergreifende, gesunde Art der Bewegung

Deshalb wollen wir:

- ein Fußverkehrskonzept in die verkehrliche Planung integrieren. Dabei kommt es nicht zuletzt auf den Wohlfühlfaktor des öffentlichen Raumes an - mit Grünstreifen in Abgrenzung zur Fahrbahn, Baumreihen, Bänke, etc.
- zur Stärkung der Sicherheit prüfen, wo zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen oder Bedarfsampeln sinnvoll und notwendig sind.
- Der Gehweg ist kein Parkplatz! Deshalb wollen wir das Zuparken der Gehwege künftig stärker ahnden.
- bestehende Wege auf Bordsteinbarrieren, Unebenheiten und Schäden überprüfen und diese beheben, damit alle Wege sicher zu nutzen sind.

## **Den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen**

Bündnis 90/ Die Grünen stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich und kostengünstig zur Verfügung stehen. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist das Rückgrat nachhaltiger Mobilität.

- Wir wollen das Fahrplan-Angebot insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden attraktiver gestalten.
- Der ÖPNV kann nicht jedes Ziel zu jeder Zeit perfekt anbinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das ÖPNV-Angebot um Miet-Zweiräder zu ergänzen. Im ÖPNV-Abo soll das Angebot inbegriffen sein.
- Um das Fahrrad mit dem ÖPNV besser kombinieren zu können, müssen an allen geeigneten Haltestellen Fahrradständer vorhanden sein.
- Inhaber\*innen von Abo- und Monatskarten sollen außerhalb der Hauptverkehrszeiten – abends und an den Wochenenden – eine weitere Person kostenlos mitnehmen dürfen.
- Wir streben eine landesweit einheitliche Tarifstruktur an: Ob eine Strecke ganz oder teilweise mit der Bahn oder mit dem Bus zurückgelegt wird, soll auf den Fahrpreis keinen Einfluss haben.
- Wir wollen die Fahrzeugflotte unseres öffentlichen Nahverkehrs bis 2035 klimaneutral machen.
- Wir fordern eine Reaktivierung der Bahnstrecken Rotenburg-Zeven-Bremervörde und Zeven-Tostedt.
- Wir wollen Anrufsammeltaxis einrichten und fördern, um insbesondere dort, wo öffentlicher Nahverkehr nur schwer wirtschaftlich darstellbar ist, ein Angebot für die Bürger\*innen zu schaffen.
- Wir wollen Bürgerbusse als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehrsangebot fördern und ausbauen.
- Zusätzlich zu den genannten Punkten muss das Konzept des öffentlichen Nahverkehrs neu gedacht werden. Aus unserer Region müssen die Verkehrsverbunde Hamburg und

Bremen regelmäßig erreicht werden können. Daher fordern wir einen runden Tisch, wo ein regionales Konzept mit den öffentlichen Verkehrsbetreibern, Bürgerbusinitiativen und Taxiunternehmen mit dem Ziel der Etablierung eines kostengünstigen, verfügbaren und ökologischen regionalem Verkehrsnetzes erarbeitet wird.

### **Den motorisierten Individualverkehr nachhaltiger machen**

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen, wollen wir:

- grundsätzlich Tempo 30 innerorts auf allen Nebenstraßen einführen.
- das Carsharing-Angebot ausbauen, um die Anzahl der privaten PKW zu reduzieren.
- Anreize zum Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur setzen und Hemmnisse für den Ausbau öffentlicher Ladesäulen abbauen.
- neue Fahrzeuge für die Kommune nur noch mit emissionsfreien Antrieben anschaffen, soweit diese verfügbar sind.

## **Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft hat in unserer Samtgemeinde eine große Bedeutung. Damit das so bleibt, wollen wir unsere Landwirt\*innen dabei unterstützen, sich an den Bedürfnissen der Verbraucher\*innen auszurichten. Unser Leitbild ist der Ökologische Landbau, denn durch den Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern es entstehen auch deutlich weniger Treibhausgase. Wir wollen einen regelmäßigen, inhaltlichen Dialog mit der Landwirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- in den Kindergärten, Schulen und Kantinen ökologisch und möglichst regional erzeugte Nahrungsmittel eingesetzt werden.
- die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Samtgemeinde und ihrer Mitgliedsgemeinden bei Neuverpachtung an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden.
- die Samtgemeinde keine Bauflächen für Stallbauten baurechtlich nicht-privilegierter Betriebe ausweist, um so die bäuerlichen Betriebe und die Umwelt zu schützen.
- der Landkreis Teil einer Ökomodellregion wird, um den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen und die Absatzmöglichkeiten zu verbessern.
- Erzeugerzusammenschlüsse oder Vermarktungsinitiativen zur Vermarktung ökologisch und nachhaltig erzeugter Lebensmittel aus kommunalen Wirtschaftsfördermitteln unterstützt werden.



# Tierschutz

Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz umzusetzen. Wir wollen:

- dafür sorgen, dass die Kosten der Tierheime für die sog. Fundtierversorgung und für die Unterbringung amtlich eingezogener Tiere vollständig aus den kommunalen Haushalten gedeckt werden; dass Tierheime gezwungen sind, diese öffentliche Aufgabe teilweise aus Spendengeldern zu finanzieren, muss der Vergangenheit angehören,
- die Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim ermäßigen; das ist gut für die Hunde, entlastet das Tierheim und damit auch den Haushalt der Kommune,
- geeignete Flächen identifizieren und ausweisen, auf denen Hunde auch während der Brut- und Setzzeit frei laufen dürfen,
- die Kastration von Katzen grundsätzlich im gesamten Gebiet der Samtgemeinde verpflichtend machen und finanziell fördern, um so die Vermehrung zurückgelassener und ausgesetzter Hauskatzen zu verringern.
- mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige Veterinäramt soll auch der Samtgemeinde Zeven jährlich einen öffentlichen Bericht über Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen,
- bei Pachtverträgen mit reisenden Zirkusbetrieben sicherstellen, dass nur solche Betriebe einen Pachtvertrag bekommen, die auf die Zurschaustellung von Wildtieren wie Affen, Elefanten oder Großkatzen verzichten. Deren artgerechte Haltung ist in Zirkusbetrieben mit häufigem Standortwechsel kaum möglich.
- bäuerliche Betriebe erhalten und stärken; deshalb wollen wir auf die Ausweisung von Bauflächen zum Bau von gewerblichen Massentierhaltungsanlagen in unserer Samtgemeinde verzichten.

## Bauen und Wohnen

### 1. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Zeven ist eine Samtgemeinde mit hoher Attraktivität. Damit das so bleibt, müssen wir in der Ortsentwicklung noch stärker die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Die Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbeflächen ist anhaltend hoch. Um ihr nachzukommen und gleichzeitig sparsam mit den Freiflächen umzugehen, hat für uns die Innenentwicklung absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich. Der öffentliche Raum muss ansprechend gestaltet sein. Das schafft Lebensqualität und ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass lärm- und abgasarme und gleichzeitig gesunde Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren den notwendigen und barrierefrei zu gestaltenden Raum bekommen. Wir GRÜNEN setzen uns ein:

- Um den zusätzlichen Wohnungsbedarf innerhalb des bereits bebauten Bereiches zu realisieren und dabei die innerörtlichen Grünflächen zu schonen, soll ein umfassendes Baulücken- und Leerstandskataster eingerichtet werden, in dem Baulücken, Brachen,

fehlgenutzte Flächen und Flächen, deren Nutzung in naher Zukunft voraussichtlich aufgegeben wird, erfasst werden.

- Wir treten dafür ein, künftig eine Standortmanagerin/ einen Standortmanager als Koordinator\*in und Ansprechpartner\*in für die Innenentwicklung einzusetzen. Damit schaffen wir ein Bindeglied zwischen Grundstückseigentümer\*innen, Investor\*innen, öffentlicher Verwaltung und den Bürger\*innen vor Ort. Aufgabe des Standortmanagements ist es auch, eine aktive Liegenschaftspolitik der Samtgemeinde voranzutreiben.
- Die bestehenden Bau- und Gewerbeflächen wollen wir auf ihre Nachverdichtungspotenziale hin überprüfen und dort, wo die Festsetzungen alter Bebauungspläne einer sinnvollen Nachverdichtung entgegenstehen, diese entsprechend ändern.
- Das Potenzial zur Aufstockung vorhandener Gebäude, zum Ausbau von Dachgeschossen und einer Wohnüberbauung von Handels- und Gewerbebauten wollen wir prüfen.
- Die Festsetzungen in neu aufzustellenden Bebauungsplänen so ausgestalten, dass Anreize zum verdichteten mehrgeschossigen Bauen gesetzt werden.
- Die Samtgemeinde muss künftig eine aktive Liegenschaftspolitik betreiben und so zur zentralen Akteurin auf dem Wohnungs- und Flächenmarkt werden. Durch den kommunalen Erwerb neu zu bebauender Grundstücke oder die Realisierung von Vorkaufsrechten können bei der Weiterveräußerung an bauwillige Interessent\*innen oder im Wege der sogenannten Abwendungsvereinbarung wohnungspolitische Ziele und Klimaschutzziele besser um- und durchgesetzt werden. Außerdem hat die Samtgemeinde die Möglichkeit, bebaubare Flächen nach Konzeptvorgaben (z.B. Festschreibung günstiger Miete) zu vergeben.
- Einzelhandel, der der Grundversorgung dient, muss im besiedelten Bereich beheimatet werden; Neuansiedlungen „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab.
- Die Ausweisung von Industrie und Gewerbegebieten muss bedarfsgerecht sein.
- Falls die Neuausweisung von Bau- oder Gewerbeflächen erforderlich ist, sind die dafür potenziell in Frage kommenden Flächen auch unterhalb von 10 Hektar einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden.

## **2. Bezahlbaren Wohnraum für alle**

Wohnen ist ein Menschenrecht und Teil der Daseinsvorsorge wie Nahrung, sauberes Wasser und Bildung. Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Nicht nur in Großstädten steigen die Mieten rasant: Immer mehr Menschen müssen mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für die Kaltmiete ausgeben. Besonders Menschen mit geringen Einkommen bleibt so nur noch wenig Geld zum Leben übrig. Seit dem Jahr 2000 hat sich landesweit die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert. Um allen Menschen in unserer Samtgemeinde gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen wollen wir den sozialen Wohnungsbau voranbringen und

- festlegen, dass bei Neubauprojekten Wohnraum zu mindestens 20% als sozialer Wohnungsbau oder mit vergleichbar günstigen Mieten erreicht wird.
- als Ersatz für auslaufende Sozialbindungen gezielt Belegungsrechte im Wohnungsbestand ankaufen, um auf diese Weise weiterhin preisgebundenen

Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

- uns dafür einsetzen, eine regionale Wohnungstauschplattform ins Leben zu rufen, um zum Beispiel Menschen mit inzwischen geringerem Wohnraumbedarf (z.B. Menschen, deren Kinder aus dem Haus sind) den Tausch ihrer Wohnung mit Haushalten mit gestiegenem Wohnraumbedarf zu fixen Konditionen zu ermöglichen. Wir wollen die Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermieter\*innen dazu gewinnen, sich dem nicht zu verschließen.
- ein Förderprogramm zur Unterstützung privater Hausbesitzer beim Ausbau bisher ungenutzter Dachräume auflegen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

3. Die Straßenbaubeiträge wollen wir samtgemeindeweit abzuschaffen. Diese Beiträge sind tendenziell ungerecht, da der öffentliche Verkehrsraum immer weniger der Anbindung einzelner Grundstücke, sondern dem zunehmenden Liefer- und Güterverkehr dient. Dazu kommt, dass anstehende Renovierungen nach Jahrzehnten der allgemeinen Nutzung die Anlieger, oft ältere Mitbürger, vor erhebliche finanzielle Schwierigkeiten stellen.

## Bildung

Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und ihm optimale Bildungschancen bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, Gemeinden, Samtgemeinde und Landkreis stehen aber in der Verantwortung, als Schulträger für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Wir setzen uns dafür ein, dass

- das Angebot an hochwertigen Kita- und Krippenplätzen zügig bedarfsgerecht ausgebaut wird,
- Kitas eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher\*innen haben; angesichts des massiven Fachkräftemangels müssen unsere Kitas deshalb ein attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu gehören u.a. gut ausgestattete Personalräume und weitere Vergünstigungen für die Mitarbeiter\*innen,
- in Zusammenarbeit mit unseren außerschulischen Lernorten wollen wir das Umweltbewusstsein und die Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Kitas und Schulen stärken,
- bei Neubauten und Sanierungen eine lernfördernde und jugendgerechte Ausstattung der Räume wie der Außenanlagen umgesetzt wird; inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein; zudem müssen die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein – dazu gehören geeignete Räumlichkeiten, in denen die Schüler\*innen ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können. **Sicherstellung**
- Wir wollen ein flexibles Hort- und Betreuungsangebot an fünf Tagen die Woche bis 16 Uhr
- Wir fordern die Einrichtung eines runden Tisches "Bildung", an dem Lehrkräfte, Erzieher\*innen, Eltern, Betriebe, Politik und Verwaltung teilnehmen.
- digitales Lernen durch eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen Schulen ermöglicht wird; dazu gehört ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, eine

moderne Ausstattung der Klassenräume und hochwertiger technischer Support und nicht zuletzt, Arbeitszimmer für die Lehrerinnen und Lehrer; schließlich hat die Corona-Krise für alle offensichtlich gemacht, wie wichtig eine gute IT- und Personalausstattung unserer Schulen ist und wie weit unsere Schulen den modernen Anforderungen hinterherhinken,

- die Inklusion im Rahmen eines Inklusionskonzepts ausgebaut wird. Förderschulen sollen nur so lange bestehen bleiben, wie sie hinreichend von den Eltern angewählt werden. Das Ziel ist eine inklusive Schule für alle.
- ein wohnortnahes Angebot an Sprachlernklassen etabliert wird, denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Der Unterricht soll nach Sprachkenntnissen differenziert erfolgen.
- gesundes und ausgewogenes Essen für unsere Kinder möglichst aus der Region und ökologisch angebaut, angeboten wird.
- der Weg zur Schule und zur Kita sicher ist; deshalb treten wir innerorts für eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf grundsätzlich 30 km/h ein.
- das Angebot unserer Volkshochschule insbesondere im Bereich der Sprachkurse bedarfsgerecht auszubauen und Dozenten angemessen zu bezahlen.
- das Leuchtturmprojekt KUBIZ für die Samtgemeinde Zeven unterstützt wird als vernetzter Bildungsort für alle Bürger\*innen von klein bis groß unterstützt wird
- die kulturelle und musische Bildung durch Angebote von Volkshochschule und Kreismusikschule gefördert werden.
- Brückenprojekte von Kita und Grundschule gefördert werden.
- kinder- und familienfreundliche Projekte in der Samtgemeinde Zeven in den Fokus gerückt werden.

## **Kommunale Sozialpolitik**

Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese Ungleichheit nimmt weiter zu. Wir GRÜNE setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben, und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben vor Ort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Ausreichend und qualitativ gute Kinderbetreuung, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität. Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen. Wir GRÜNEN setzen uns ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft, und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen.

- Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
- Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören die Arbeitslosen-, Schuldner\*innen- und Suchtberatung.
- Die sozialen Einrichtungen unserer Samtgemeinde brauchen für ihre wertvolle Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Mittel verstetigt bzw. bedarfsgerecht ausgeweitet werden.
- Die Samtgemeinde Zeven hat eine Vorbildfunktion. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsverhältnisse in der Region und bei gemeindeeigenen Betrieben im vollen Umfang den sozialen Standards entsprechen.
- Mobilität ist ein Menschenrecht. Deshalb setzen wir uns für ein Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr ein.
- Wir wollen einen runden Tisch einrichten, an dem alle sozialen Träger, Politik und Verwaltung und Wirtschaft teilnehmen.

## Gleichstellungspolitik

Jeder Mensch ist in seiner Individualität gleich an Würde. Die Bedürfnisse aller Menschen gilt es angemessen zu berücksichtigen. Die Orientierung an einem Normen-Menschen – dem weißen Mann – lehnen wir ab und fordern Gendersensibilität als Norm aller politischen Entscheidungen. Deshalb muss immer gefragt werden: Auf welche Zielgruppe eine Maßnahme ausgerichtet ist, ob sie zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen und LSBITQ\*-Menschen beiträgt und ob sie dem Abbau tradierter Rollenmuster entgegenwirkt.

Wir setzen uns ein für

- die Installierung eines Runden Tisches Alleinerziehende, in dem die besonderen Probleme Alleinerziehender in das Blickfeld gerückt und die offensive Aufklärung über Unterstützungsangebote Alleinerziehender initiiert wird,
- kostenfreie Menstruationshygiene-Artikel auf den Toiletten in öffentlichen Gebäuden, Verwaltungen und weiterführenden Schulen
- eine geschlechtergerechte Sprache in behördlichen Briefen, Vorlagen und Verlautbarungen unserer Kommunen.
- die Gewährleistung eines barrierefreien Zugangs zum Frauenhaus und zu allen anderen Schutzeinrichtungen sowie deren bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung.
- Bewusstseinsbildung zu stereotypischen Rollenbildern über alle Altersklassen hinweg. Die Sensibilisierungskampagnen gegen Geschlechterstereotypen mit dem Ziel „mehr Frauen in die Feuerwehr, mehr Männer in die Kita“ müssen bereits im Kindergarten starten.

# Moderne Verwaltung

Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürger\*innen sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet sein. Moderne Verwaltung steht für Bürgernähe, kurze Wege, höhere Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse. Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll besser, dynamischer, niederschwelliger und Bürger\*innen-näher werden. Der digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleitungen unserer Samtgemeinde auch weiterhin in vollem Umfang analog und barrierefrei zur Verfügung stehen.

- Mit einer E-Government-Strategie für Zeven wollen wir dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen spätestens Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.
- Wir treten dafür ein, alle bei der Verwaltung vorliegenden Informationen zu nutzen und selbst zu beschaffen, statt den Bürger\*innen wie den Unternehmen abzuverlangen, diese immer wieder neu beizubringen.
- Die Mitarbeiter\*innen konsequent für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung fortzubilden.
- Mit einer echten Zeven -App wollen wir Informationen, regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.
- Unsere Kommunen haben eine Vorbildfunktion auch bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Deshalb treten für die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards ein. Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen prioritär auch regional eingekauft werden.
- Die Gleichberechtigung von Frauen muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb mit Frauen besetzt werden.
- Die Bürger\*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungen. Öffentliche Ratssitzungen sollten daher künftig im Internet gestreamt werden.

# Kommunale Wirtschaftspolitik

GRÜN ist Wirtschaftspolitik mit Weitblick. Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Eine Wirtschaft, die bei Umweltproblemen Teil der Lösung statt Teil des Problems ist. Für uns GRÜNE gehört zwischen Wirtschaft und Umwelt kein „oder“. Die Samtgemeinde Zeven ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort, und das soll auch so bleiben. Dabei gilt es, Umwelt und Klimaschutzanforderungen nicht als Hindernis, sondern als Chance zu begreifen, dass Geschäftsmodelle langfristig und nachhaltig angesetzt werden müssen, um neue Märkte zu

erschließen. So werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und gesichert. Wir setzen uns für eine verstärkte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Start-ups, insbesondere bei innovativen Projekten, Digitalisierungsvorhaben und beim Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze ein. Unsere Samtgemeinde soll eine grünere Stadt werden. Wir wollen für mehr Lebensqualität sorgen und damit zu einer Attraktivitätssteigerung für alle hier beitragen.

- Schnelles Internet ist einer der wichtigsten Standortfaktoren unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes wie auch flächendeckender und leistungsfähiger Mobilfunknetze ein.
- Digitalisierung ist mehr als eine schnelle Internetverbindung. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Unterstützung kleiner Unternehmen bei der Digitalisierung ein.
- Die Corona-Pandemie hat das mobile Arbeiten massiv beschleunigt, aber nicht jede\*r möchte dauerhaft in den eigenen vier Wänden arbeiten. Um wohnortnahes Arbeiten zu ermöglichen, wollen wir (wohnortnahe) Co-Working-Zentren einrichten, die technisch modern ausgestattet sind und mit einer hohen Aufenthaltsqualität die Kreativität fördern.
- Der stationäre Einzelhandel gerät auch in unserer Stadt durch den rasant wachsenden Online-Handel unter Druck. Wir wollen daher den Aufbau einer regionalen Online-Plattform fördern, damit auch unsere inhabergeführten örtlichen Einzelhändler\*innen ihre Kundschaft online informieren und von der Kombination aus digitaler Information, Beratung vor Ort und schneller Verfügbarkeit der Ware profitieren können. Um die Entwicklungspotenziale unseres stationären Handels durch die Digitalisierung systematisch anzugehen, setzen wir uns für die Erarbeitung eines Masterplans „Smarter Handeln Zeven“ ein.
- Die Menschen kaufen vor allem dann vor Ort ein, wenn sie darin einen Mehrwert erkennen. Auch deshalb wollen wir die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt steigern. Auch Unverpackt-Läden oder Zero-Waste-Zentren mit Repair-Cafe gehören in die Innenstadt.
- Wir setzen uns dafür ein, jungen Start-ups, die zur Belebung der Innenstadt beitragen, Innovationskapital zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.
- Die Sicherung von Fachkräften wird zunehmend zu einem bedeutsamen Standortfaktor. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Kammern und den Berufsbildenden Schulen und den regionalen Bildungsträgern für eine systematische Erfassung der Bedarfe der örtlichen Wirtschaft und die Etablierung entsprechender Aus- und Fortbildungsangebote ein. Außerdem gehören eine gute öffentliche Infrastruktur, ein breites kulturelles Angebot und nicht zuletzt eine intakte Umwelt zu den wesentlichen Faktoren um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
- Fläche ist nicht vermehrbar! Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für den sparsamen Umgang auch mit den gewerblich genutzten Flächen ein. Wir wollen ein Gewerbeflächenmanagement, das in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf einen sparsamen Umgang mit der Fläche setzt, statt sich mit vermeintlich attraktiven Ansiedlungsangeboten gegenseitig zu unterbieten.
- Die Nutzung der Außenflächen in der Fußgängerzone sollte kostenlos sein, um nach der Coronakrise zu einer Belebung beizutragen. Die Innenstadt einer Stadt stellt einen besonderen Raum des gesellschaftlichen Miteinanders dar. Sie ist der Raum für Handel, Begegnung, Kommunikation, Kunst und

Kultur. Wir wollen uns für eine gezielte Förderung und Entwicklung einsetzen, wollen den vorhandenen Einzelhandel und die Gastronomie stützen und neue Unternehmungen fördern.

## Finanzen

Die Corona-Pandemie stellte gerade die Kommunen vor große finanzpolitische Probleme. Unsere wichtigste Einnahme - die Gewerbesteuer – ist extrem konjunkturanfällig und droht aufgrund der aktuell wirtschaftlich sehr schweren Lage einzubrechen. Ähnlich die Situation bei der Einkommenssteuer: Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben dazu geführt, dass auch die Einnahmen unserer Gemeinden aus der Einkommenssteuer zurückgehen werden.

Gleichzeitig sind pandemiebedingt die Ausgaben gestiegen: Fehlende Einnahmen aus der geringeren Nutzung von öffentlichen Einrichtungen müssen ausgeglichen werden.

Gleichzeitig verursacht die Pandemie höhere Aufwendungen der laufenden Verwaltung.

Die Corona-Krise hat die hohe Bedeutung einer gut ausgestatteten öffentlichen Verwaltung sehr deutlich gemacht. Das betrifft längst nicht nur die Gesundheitsämter, die plötzlich dafür verantwortlich waren, Kontakte vieler Infizierter nachzuverfolgen, Quarantänemaßnahmen zu verhängen und zu beraten. Außerdem sind die Defizite der öffentlichen Infrastruktur sehr deutlich geworden: Digitaler Unterricht für unsere Schüler\*innen war nicht nur deshalb ein Problem, weil zuhause kein schnelles Internet verfügbar ist, sondern auch weil die Schulen dafür technisch nicht ausgestattet waren und sind. Auch die baulichen Mängel unserer Schulen waren und sind ein großes Problem.

Der Investitionsbedarf unserer Kommunen in eine gute öffentliche Infrastruktur, in eine funktionierende öffentliche Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist groß. Wir Grünen lehnen es daher ab, der Krise hinterher zu sparen. Durch kommunale Sparpolitik werden wir die fehlenden Einnahmen nicht kompensieren können. Stattdessen wollen wir die notwendigen Maßnahmen baldmöglichst umsetzen. Wir fordern den Bund und das Land Niedersachsen daher auf, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereit zu stellen.

Zudem fordern wir:

- die von der Kommune festzusetzenden Vergnügungssteuersätze für Geldspielautomaten bis zur Obergrenze auszuschöpfen.
- sämtliche Möglichkeiten zur Einsparung von Energiekosten durch energiesparende Investitionen zu prüfen und zu nutzen.
- dass das Land entsprechende Rahmenverträge mit Kreditinstituten abschließen muss, um bessere Konditionen für die kommunale Kreditaufnahme zu bekommen.
- auf Privatisierung kommunaler Angebote zu verzichten, da diese nur vordergründig Einsparungen bringen und in der Regel mit schlechteren Standards für die Mitarbeiter\*innen einhergehen.



# Gesundheitsversorgung

Gesundheit und Pflege sind elementare Bestandteile der öffentlichen Daseinsfürsorge, unser Gesundheitssystem ist ein Sicherheitsnetz. Die Corona-Pandemie hat dieses einmal mehr deutlich gemacht. Wir GRÜNE stehen für umfassende Gesundheitsversorgung durch ausreichend Ärztinnen und Ärzte, selbständige Gesundheits- und Pflegefachberufe, Apotheken, die regionalen Krankenhäuser und den öffentlichen Gesundheitsdienst. Diese müssen gut erreichbar und vernetzt sein. Der demographische Wandel lässt nicht nur die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigen, sondern wird auch den Personalmangel in allen Gesundheitsberufen verstärken. Daher ist es wichtig, dass Kreis, Samtgemeinde und Stadt die Versorgungssituation und die Infrastruktur vorausschauend im Blick haben. Die Kommune kann die Rolle des Moderators und Impulsgebers für Vernetzung einnehmen. Wo es erforderlich und sinnvoll ist, sollten Kommunen auch Investitionen tätigen, um die Rahmenbedingungen für Gesundheit und Pflege zu verbessern. Eine grüne Gesundheitspolitik geht über die Fragen der Versorgung im Krankheitsfall hinaus und adressiert gesundheitsfördernde Aspekte in allen Politikbereichen (Health in All Policies). Gesundheitsinformation und Gesundheitsförderung begreifen wir als kommunale Aufgabe der Daseinsfürsorge. Dies umfasst alle Altersbereiche: Gesund aufwachsen, leben, arbeiten und altern.

## Health in All Policies

Menschen können nur in einem gesunden Umfeld gesund leben. Eine kommunale Politik, die Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenkt und verankert kann zum Abbau von vermeidbaren Gesundheitsrisiken beitragen, die Lebensqualität aller erhöhen, soziale Ungleichheit reduzieren und zusätzliche Kosten in der Zukunft vermeiden. Wir GRÜNE begreifen Gesundheitsförderung und Prävention als kommunale Querschnittsaufgabe aller Politikfelder und wollen sie ins Zentrum politischer Entscheidungen rücken.

## Gesundheitsvorsorge

Wir wollen gesundheitsfördernde und vorsorgende Lebenswelten in der Kommune stärken. Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und öffentliche Unternehmen sollen verstärkt zu einem gesundheitsfördernden Lebensumfeld unserer Bürger\*innen werden. Sportvereine müssen regelmäßige und planbare Unterstützung erhalten. Sportplätze und Schwimmbäder müssen erhalten werden. Die Samtgemeinde muss ein funktionales und nicht dauerhaft sanierungsbedürftiges Hallenbad vorhalten, die Stadt Zeven muss das Naturbad erhalten.

## Gesundheitsversorgung vor Ort

Wir GRÜNE setzen uns für ein umfassendes Gesundheitsversorgungsangebot in der Region ein. Alle Angebote im Gesundheitswesen sollen miteinander vernetzt und gut erreichbar sein. Digitale Sprechstunden können im ländlichen Raum die Versorgung unterstützen. Eine angemessene Krankenhausversorgung sichert eine qualitätsgesicherte stationäre und

ergänzende ambulante Versorgung in der Region. Voraussetzung hierfür ist eine gute personelle Besetzung in allen Leistungsbereichen des Krankenhauses. In kritischen und lebensbedrohlichen Situationen ist die Notfallversorgung lebensentscheidend und muss auch in ländlichen Regionen garantiert sein. Hierfür müssen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. Als Samtgemeinde Zeven unterstützen wir eine vorausschauende Planung der Versorgungsangebote und fördern aktiv deren Vernetzung.

Zeven als bedeutendes und wirtschaftlich starkes Mittelzentrum hat seit 2018 kein Krankenhaus mehr, die Kreismitte aus Zeven, Selsingen, Sittensen und Tarmstedt mit den jeweiligen Mitgliedsgemeinden stellt seitdem den größten weißen Fleck in der Krankenhausversorgung in Niedersachsen dar. Das medizinische Versorgungszentrum betreibt seine Notfallambulanz nur für Arbeitsunfälle als echte Notfallambulanz, häusliche Unfälle müssen auf Termine warten oder werden an die verbliebenen Krankenhäuser im Landkreis verwiesen. Die Krankenhäuser der Region sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum bis gar nicht vernünftig zu erreichen, die vorgegebenen Rettungszeiten nur schwer einzuhalten und die beiden verbleibenden Krankenhäuser, insbesondere Rotenburg, an ihren Leistungs- und Kapazitätsgrenzen angelangt.

Wir fordern daher:

- Zeven braucht kurzfristig eine wirkliche Notfallambulanz - nicht nur für Arbeitsunfälle.
- Der zusätzliche Rettungswagen muss bleiben und darf nicht wieder wegrationalisiert werden.
- Zu den verbliebenen Krankenhäusern muss es eine komfortable, dauerhafte und regelmäßige Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr geben. Eine Reaktivierung der Bahnstrecken mit Anschlussverbindungen durch Busse, Bürgerbusse und Anrufsammeltaxis bietet sich an.
- Es braucht eine mittel- bis langfristige Strategie für eine neues (nach Möglichkeit kommunales) Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung in der Kreismitte. Der demographische Wandel, die Ausweisung von neuen Wohn- und Gewerbeflächen im gesamten Gebiet der Samtgemeinde und die weiterhin wachsende wirtschaftliche Kraft der Region erfordert die passende Infrastruktur - auch und im ganz besonderen Maße in der Gesundheitsversorgung.
- Medizinische Versorgungszentren verstehen wir als Ergänzung zum Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung. Als attraktiver Arbeitgeber können sie die ambulante medizinische und pflegerische Versorgung ergänzen, nicht nachbesetzte Vertragsarztsitze für die Region sichern oder neue Facharztangebote in die Region holen. Ein Krankenhausangebot der Grund- und Regelversorgung können sie nicht ersetzen.

# Impressum

V.i.S.d.P.: Bündnis90/ Die Grünen, Ortsverband Zeven

Ragnar Kaesche

Hoftohorn 37

27404 Zeven

Telefon: 04281/987454

[www.gruene-zeven.de](http://www.gruene-zeven.de)